

Dresdner Nachrichten

Großer Sportteil

Gegründet 1856

Abgabe bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 1,40 Mk. (einschließlich 20 Pf. für Zustellung), durch Verlangung 1,40 Mk. einschließlich 20 Pf. (einschließlich 20 Pf. für Zustellung) bei 7mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pf., außerorts 15 Pf. Tagesnummer: Die einblättrige 20 mm breite Seite 25 Pf., die auswärts 40 Pf. Familienanzug und Stellungskarte ohne Inhalt 15 Pf., außerorts 25 Pf., die 20 mm breite Familienkarte 200 Pf., außerorts 250 Pf. Offertenschein 20 Pf., außerorts 25 Pf.

Druck u. Verlag: Dietrich & Reichardt, Dresden, Waldstr. 11a, 1088 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresden, Nachr.) zulässig. Unterliegende Schriftzüge werden nicht anerkannt.

Der neue Berliner Metallschiedspruch

Lohnsenkung in zwei Etappen zu 3 und 8 Prozent

Berlin, 9. Nov. Das Schiedsgericht für die Berliner Metallindustrie hat am Sonnabend seinen Spruch gefällt. Er ist ein stimmig erfolgt und geht dahin, daß statt der ursprünglich festgesetzten 8 prozentigen Lohnherabsetzung zunächst nur eine solche von 3 Prozent erfolgt, während die 8 prozentige Verminderung erst im Januar eintritt.

Die Begründung

Der Vorsitzende, Reichsarbeitsminister a. D. Brauns, stellte der Vertretung des Schiedsgerichtes folgende Begründung voraus: Die Berliner Metallindustrie befindet sich, ebenso wie die gesamte deutsche Wirtschaft, in einer schweren Krise. Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf drei Millionen angewachsen und droht noch weiter zu wachsen. Daß diese Krise auch weltwirtschaftlichen Charakter hat, beweist das deutsche Volk nicht von der Pflicht, alle seine Kräfte dafür einzusetzen, daß die Not nicht steigt, und alles zu tun, was eine Besserung erwarten läßt.

Dazu bedarf es wirksamer Preisentlastung auf allen Gebieten.

Wenn diese auch nicht allein von der Lohnseite her erfolgen darf, so ist das Lohnkonto doch ein so wichtiger Bestandteil der Wirtschaftskosten, daß an ihm nicht vorbeigegangen werden kann.

Von einer Lohnsenkung kann allerdings die wünschenswerte Belebung der Wirtschaft nur dann erwartet werden, wenn dadurch die Kaufkraft der Massen nicht dauernd gesenkt wird. Die Schlichter haben deshalb erwogen, ob nicht die Lohnsenkung in eine feste Bezahlung zur Entwicklung der Preise, insbesondere der Lebensmittelpreise, gebracht werden könnte. Die Verwirklichung dieses Gedankens scheiterte indes an der Unmöglichkeit seiner allgemeinen technischen Durchführung. Wenn gleichwohl die Schlichter im vorliegenden Falle eine Lohnsenkung in ihrem Schiedspruch für unvermeidlich hielten, so geschah das in Kenntnis gewisser bereits eingeleiteter Maßnahmen zur Senkung der Lebensmittelpreise und in der sicheren Erwartung, daß die allgemeine Herabsetzung der Preise, der gewerblichen Produkte, wie auch der Lebensmittel, von allen verantwortlichen Stellen mit größter Energie auch weiter verfolgt wird. Dabei kommt es darauf an, daß diese Preisentlastung sich bis zum letzten Konsumenten durchzieht. In den Schlichtungsverhandlungen erklärten die Vertreter der Berliner Metallindustrie, daß eine erhebliche Senkung der Preise ihrer Produkte bereits erfolgt ist und weitere Senkung bevorsteht.

Was das Ausmaß der Lohnkürzung anbetrifft, so haben die Schlichter erwogen, daß die Senkung der Lebensmittelpreise sich erst auswirken beginnt und daß der Arbeiterstand Zeit gelassen werden muß, um sich auf die Lohnkürzung in ihre vollen Höhe einzustellen. Mit dieser Abwägung haben sich die Schlichter Inhalt und Begründung des ersten Schiedspruchs zu eigen gemacht.

Die Schlichter sind sich bewußt, daß ihr Schiedspruch eine über die Beilegung des vorliegenden Streitfalles hinausgehende grundsätzliche Bedeutung hat. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die Einzelheiten dieses Schiedspruchs schematisch auf andere Fälle übertragen werden könnten. Unter Berücksichtigung der dargelegten volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte wird vielmehr jeder Fall nach seiner Eigenart zu beurteilen sein.

Auf Grund dieser Erwägungen fällten die Schlichter einstimmig den folgenden

Schiedspruch:

1. Der zur Zeit geltende Lohnstarif bleibt bis zum 15. November 1930 vollinhaltlich in Kraft.
 2. Die bisherigen Tarifminderflöhe werden vom 17. November 1930 bis einschließlich 18. Januar 1931 in allen Gruppen um 3 Prozent gesenkt.
 3. Mit Wirkung vom 19. Januar 1931 vermindern sich die bis zum 16. November 1930 geltenden Tarifminderflöhe um weitere 5 Prozent für männliche und weibliche Jugendliche unter 18 Jahren und um weitere 3 Prozent für alle übrigen Gruppen.
 4. Diese Regelung ist mit Monatsfrist kündbar, erstmalig zum Schluss der Lohnwoche, in die der 30. Juni 1931 fällt.
- gez. Dr. G. Brauns, Dr. Jarres, Prof. Singheim.

Die Aufnahme in Berlin

Berlin, 9. Nov. Der neue Metallschiedspruch wird von einer Reihe Berliner Blätter gewürdigt. Die „D.Z.“ schreibt, politisch gesehen sei der Schiedspruch ein Ereignis, das an Bedeutung, falls er sich voll auswirken könne, nur etwa mit der Einführung der Rentenmark im Jahre 1923 zu vergleichen sei. Die „Börse“ schreibt, daß der Schiedspruch ein Kompromiß zwischen dem ursprünglichen Schiedspruch des amtlichen Schlichters und dem Willen der Arbeitnehmerschaft, der gegen Annahme jenes ersten Schiedspruchs gerichtet war. Es sei abzuwarten, ob die praktischen Auswirkungen des Schiedspruchs hinreichen, um nicht nur der im Konkurrenzkampf gegen das Ausland ringenden Industrie die notwendigen Erleichterungen zu verschaffen, sondern auch die allgemeine Lohn- und Preisentlastung mit zu beeinflussen. Der „Vorwärts“ schreibt, der Schiedspruch sei der schwerste Schlag, der jemals gegen das Schlichtungsweien geführt worden sei. Man könne sich schon mit Sicherheit voraussagen, daß die Lösung der Arbeitskon-

flikte vor den Schlichtungsinstanzen in Zukunft viel schwieriger sein werde, als sie es schon bisher gewesen sei. Nicht nur die Berliner Metallindustrie würde sich durch diesen Schiedspruch enttäuscht fühlen, sondern die gesamte Arbeitnehmerschaft Deutschlands. Wohl sei der Schiedspruch bindend aber die organisierte Arbeitnehmerschaft sei ihm deshalb nicht hilflos ausgeliefert. Sie werde ihre ganze Kraft und ihren politischen Einfluß einbringen müssen, damit die Lohnsenkung durch Senkung der Lebenshaltungskosten nach Möglichkeit ausgeglichen werde. Der Deutsche Metallarbeiterverband habe zum Dienstag eine außerordentliche Bezirksversammlung einberufen, in der zu dem Schiedspruch Stellung genommen werden soll. Die „Voll. Ztg.“ schreibt, es werde ein schweres Opfer von den Arbeitern verlangt. Das Opfer werde nicht ohne Schwierigkeiten gebracht werden; Schwierigkeiten nicht nur für den Haushalt des einzelnen Arbeiters, der lebt auf einen Teil seiner Einnahmen verzichten müsse, sondern Schwierigkeiten auch für die Organisationen, die diesen Spruch gegenüber der Kritik ihrer Gegner und ihrer eigenen Leute verteidigen müßten. Das „Berl. Tagebl.“ sieht in dem neuen Schiedspruch eine ganz geringfügige Verbesserung gegenüber der Arbeitnehmerschaft. Die „Deutsche Tageszeitung“ sieht die entscheidende psychologische materielle Bedeutung des Schiedspruchs darin, daß ein Gremium, das keinen einzigen Unter-

nehmer umfaßt, sondern einen langjährigen, sozialreaktionärer Neigungen wahrlich nicht verdächtigen Reichsarbeitsminister, einen hohen Gemeindebeamten und einen der Sozialdemokratie sehr nahestehenden Arbeitsrichter, den Lohnabbau, wenn auch in gemilderter Form, zu verfügen sich für verpflichtet halte.

Auf sozialdemokratischer Seite greift man den von den Gewerkschaften benannten Schlichter Dr. Singheim, der übrigens der Sozialdemokratischen Partei sogar als Mitglied angehört, schwer an.

Noch nicht entschieden ist die Wirkung des Schiedspruchs auf die Arbeitnehmerschaft und die Rückwirkung, die sich daraus vielleicht noch für die Sozialdemokratie ergibt, die, wie deutlich erkennbar ist, keine Neigung zu verisipären scheint, aus diesem Schiedspruch irgendeine Aktion gegen das Kabinett Brünning herzuleiten. Kommunistische Urteile über den Schiedspruch liegen nicht vor, weil der Berliner Polizeipräsident die „Kote Fahne“ am Sonnabendnachmittag wegen eines Angriffs auf den früheren Polizeipräsidenten Jörgelbel verboten hat. Daß die kommunistische Opposition verstanden wird, mit allen Mitteln irgendeine Gegenaktion in Gang zu bringen, ist sicher. Am letzten Dienstag haben die Kommunisten den

„Revolutionären Metallarbeiterverband“

gegründet. Dieser Verband soll zu einer richtigen Gewerkschaft ausgebaut und gegen die bestehenden Gewerkschaften eingesetzt werden. Die Kommunisten sehen offenbar jetzt die Gelegenheit für gekommen, für die neue Organisation Anhänger in großer Zahl zu gewinnen.

Der Spruch ist bindend und unabänderlich. Sollte es zu irgendwelchen Streiks kommen, so kann es sich dabei nur um wilde Streiks handeln, denn die Gewerkschaften dürfen den Streikenden, wenn sie nicht schadenverpflichtig gemacht werden wollen, keinerlei Unterstützung zukommen lassen.

Ruhiger Wahlverlauf in Oesterreich

Wien, 9. Nov. Die Wahlen zum Nationalrat sind in Wien vollkommen ruhig verlaufen. Selbst in der Umgebung der Wahllokale war keine größere Werbetätigkeit zu bemerken. Auch in den übrigen Bundesländern sind Zwischenfälle nicht zu verzeichnen. Hierzu dürfte wesentlich das schon gestern mittag in Kraft getretene und bis morgen früh anhaltende Alkoholverbot beigetragen haben.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. In einzelnen Wiener Wahlbezirken hatten schon am Vormittag ungefähr 80 v. H. der Wähler ihre Stimmen abgegeben.

Nach Schätzung von christlichsozialer Parteiseite ist es wahrscheinlich, daß im Nationalrat die Christlichsozialen 69 bis 70 Mandate erhalten werden. Das wäre ein Verlust von 3 bis 4 Sitzen. Die Sozialdemokraten würden erhalten 72 Sitze (mithin 1 Mandatgewinn), der Schöberblock 15 und der Heimatblock 8 bis 10 Mandate.

Bisher sind die Wahlergebnisse von 3 Wahlkreisen vollständig bekannt,

nämlich Vorarlberg und den Wahlkreisen 10 und 11. Gewählt erschienen hier 11 Christlichsoziale und Heimwehkreuze, 4 Sozialdemokraten, 1 nationaler Wirtschaftsbund und Landbund, 3 Mandate werden im Reststimmenverfahren vergeben. Bei den letzten Wahlen 1927 entfielen in diesen Wahlkreisen auf die Einheitsliste (Christlichsoziale und Großdeutsche) 14 Mandate, auf die Sozialdemokraten 5 Mandate.

Im einzelnen ist im Wahlkreis 11 (das Viertel unter dem Manhartsberg) die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 176 858 (1927 = 180 116). Davon entfielen die Christlichsoziale Partei und Heimwehr 101 880 (gegen 125 753 Stimmen der Einheitsliste 1927), Sozialdemokraten 41 824 (45 544), ferner nationaler Wirtschaftsbund und Landbund (Schöberblock) 16 777, Heimatblock 9166, Nationalsozialisten 1961. Gewählt sind 5 Christlichsoziale und Heimwehkreuze, 2 Sozialdemokraten, 1 Reststimmenmandat. Im Jahre 1927 erhielten die Einheitsliste 6 Mandate, die Sozialdemokraten 2 Mandate.

Im Wahlkreis 10 (das Viertel ober dem Manhartsberg) beträgt die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen 140 774 (141 072). Davon entfielen auf die Christlichsoz. und Heimwehr 72 014 (91 787) der Einheitsliste (1927), Sozialdemokraten 82 768 (84 306), Nationaler Wirtschaftsbund und Landbund (Schöberblock) 18 810, Nationalsozialisten 18 847, Heimatblock 8214. Gewählt sind hier 4 Christlichsoziale und Heimwehr, 1 Sozial-

demokrat, 2 Reststimmenmandate. Im Jahre 1927 entfielen 1 Mandat auf die Sozialdemokraten und 5 auf die Einheitsliste. 1 Reststimmenmandat erhielten die Sozialdemokraten.

Nach den vorläufigen Schätzungen verteilen sich die Mandate

in den 7 Wiener Wahlkreisen

wie folgt: Wahlkreis 1: Sozialdemokraten 3, Christlichsoziale 2, Schöberblock 1; Wahlkreis 2: Sozialdemokraten 2, Christlichsoziale 1, Reststimmenmandat; Wahlkreis 3: 3 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis 4: 6 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis 5: 5 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 1 Reststimmenmandat; Wahlkreis 6: 4 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 2 Reststimmenmandate; Wahlkreis 7: 5 Sozialdemokraten, 1 Christlichsozialer, 2 Reststimmenmandate. Von den 8 Reststimmenmandaten dürften ausfallen den Sozialdemokraten 2, den Christlichsozialen 3 und dem Schöberblock 3.

Demnach hätten die Sozialdemokraten 80, die Christlichsozialen 11 und der Schöberblock 4 Mandate gegen früher 29 Sozialdemokraten und 16 Mandaten der Einheitsliste.

Von bekannten christlichsozialen Nationalräten sind bisher wiedergewählt: Bundeskanzler Baugöin, Außenminister Seipel, Unterrichtsminister Schmitz, Handelsminister Feinl, Landeshauptmann von Niederösterreich Puresch und die Nationalräte Dr. Kleinböck, Dr. Kunschak und Drexel, von Sozialdemokraten Bürgermeister Seig, Otto Bauer, Julius Deutsch, Gildel, Danneberg und Leutner. Der ehemalige Bundeskanzler Schöber ist mehrfach wiedergewählt.

Die Nationalsozialisten ohne Mandat

Wien, 10. Nov. Die Nationalsozialisten hofften, im Wahlbezirk Krems das zur Erlangung weiterer Abgeordneten-sitze erforderliche Grundmandat zu erreichen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Im Bezirk Krems erhielten die Christlichsozialen 72 014 Stimmen (4 Mandate), die Sozialdemokraten, die mehr als 2400 Stimmen verlieren, 32 768 Stimmen (1), der Schöberblock 18 811, der Heimatblock 8214 und die Nationalsozialisten 18 877 Stimmen. Es besteht keine Aussicht, daß die Nationalsozialisten in einem anderen Wahlkreise das Grundmandat erreichen. Sie werden also keine Vertreter in den Nationalrat entsenden.

„D. 2000“ nach Lissabon gestartet

Madrid, 9. Nov. Der am Sonntagmorgen beabsichtigte Weiterflug der „D. 2000“ nach Lissabon konnte nicht planmäßig ausgeführt werden, weil Ministerpräsident Berenguer ein Startverbot über die Maschine verhängt hatte. — Dazu wird von zuständigen Stellen das folgende mitgeteilt: Ein Mitglied der Besatzung des Großflugzeugs hatte sich offenbar in dem Bestreben, von dem bekannten spanischen Flieger Franco eine Empfehlung seines Flugzeugs zu erhalten, mit einem Schreiben an Franco gewandt. Er wählte dabei eine Form, die die spanische Regierung verurteilen mußte, offenbar, weil er nicht bedachte, daß Franco wegen politischer Handlungen verurteilt wird. Durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Madrid wurde

der bedauerliche Vorfall beigelegt. Das Flugzeug ist inzwischen nach Lissabon gestartet.

Davas meldet aus Madrid: Die Zeitungen berichten, daß der Unterstaatssekretär im spanischen Außenministerium sich gestern auf die deutsche Botschaft begeben und dort eine Protestnote wegen des Briefes an den spanischen Fliegerhauptmann Franco überreicht habe.

Weiterflug des „Do. X“ am Montag

Amsterdam, 9. Nov. Der Start des Do. X nach Southampton, der ursprünglich für Sonnabend vorgesehen war, wegen schlechten Wetters aber verschoben werden mußte, ist nunmehr auf Montagvormittag 10 Uhr festgesetzt worden.